

kranten.
Protestkundge
positionsführer
e Demonstnan
t getötet und
unter mehrere
t worden. Ge
beteiligung an
werden. Die
blagnahm. In
Personen der

rns.
tragsrevision.
mittag-Sitzung
ne große Rede
n Graf A. p.
r Verträge.
sunte-führung
m e vorhanden
Gerade die be
aus der Welt
stem in voller
ne man auch
r Verträge er
und mit Ver

Welpolitik: Dr.
ethel. Zufchriften
28. Für Geb.
Aufwärts", Christ.
3911/3916, Amt
Bethel.

ner Wald
arzwalz)
ür Herbst angenehmen
der im Hause. Fern
fernt 24. Prospekt

nfleisch
Braten, halb Koch-
lof per Nachnahme
gen, Prov. Hannover

en Erholungs-
tiet das im Weser-
nd gelegene

ungsheim
ng bei Dassel.
Höhenlage inmitten
b- u. Fichtenwälder.
und Sonnenbäder.
ur Stille unter dem
Mäßige Preise.
enlos. Anfragen an
riedrich Gramm.

che u. Angebote
wärts" großen Erfolgs

den-Fabrik
VID

er Medaille
den
Bren =
sowie in bester
empfohlen durch
- Seite 20-26
tta.

anien, Oranienstr. 53.
nhof. Mäßige Preise

traken
t an
Bielefeld
Gegr. 1888

er Frauenhilfe im
Bodelschwingh.

r, nachmittags 1 1/2
h antreten.
r Brandmeister.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.80 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.85 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelnummer 10 Bfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Bfg. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Bfg.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 219.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 18. September 1930.

12. Jahrgang.

Des Lebens Höchstes ist nicht Glück,
Nein, Seligkeit zu haben.
Das eine ist ein Augenblick
Und wird uns einst begraben.
Das andre aber ist ein Ton
Aus fernen Ewigkeiten,
Darinnen wir zu leben schon
Bezeiten uns bereiten.

Silly.

Umschau.

— Das Volk hat gesprochen! —

Die Wahlschlacht ist vorüber. Es hieß Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn man den gewaltigen Erfolg der extremen Parteien in irgend einer Weise abzuschwächen versuchen wollte. Und nichts wäre fruchtloser, als nur die negative Seite des nationalsozialistischen und kommunistischen Sieges herauszustellen und die positive Bedeutung des 14. September außer Betracht zu lassen.

Gewisse Kreise behaupten heute, das hemmungslose Anwachsen der kommunistischen und vor allem der nationalsozialistischen Bewegung sei lediglich ein Ergebnis des Propaganda-Apparates, der diesen Parteien zur Verfügung steht. Eine solche Behauptung ist abwegig. Denn auch Hugenberg, der sich zwar — unter Berücksichtigung der von ihm abgesprungenen Gruppen — überraschend gut gehalten hat, verfügt über einen ansehnlichen Propaganda-Apparat; aber sein Wahlerfolg hält einen Vergleich mit den Nationalsozialisten in keiner Weise aus. Aber auch die noch viel gewaltigeren Agitationsmittel, über welche die Unfeindlichen und die Mößisten Verlags-häuser verfügen, sind ohne Einfluß auf die Wählerschaft geblieben; denn die von ihnen propagierte Deutsche Staatspartei hat trotz der „jungdeutschen Kampfersprüche“ noch fünf Sitze weniger erhalten, als die Demokratische Partei bisher im Reichstag hatte. Auch der ungeheure Propaganda-Apparat der sozialdemokratischen Partei hat ein merkliches Abbröckeln dieses pompösesten Parteigebäudes nicht verhindern können. Bei alledem bleibt zu berücksichtigen, daß die Verluste dieser wie auch der anderen Parteien in Anbetracht der überaus starken Wahlbeteiligung in Wirklichkeit viel stärker sind, als dies rein zahlenmäßig zum Ausdruck kommt. Jedenfalls hat sich Herr Karl Severing, der — wie wir hören — mit einem Mehr von etwa 15 Sitzen rechnete, erheblich ver-rechnet, während Hugenberg, den man noch am Tage vor der Wahl wegen seines Auspruches, daß er zusammen mit den Nationalsozialisten in einer Stärke von 150 Mandaten in den neuen Reichstag ziehen würde, lächerlich zu machen suchte, den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Und der Christlich-sozialen Volksdienst, der den Wahlkampf mit einem geradezu kläglichen Propaganda-Apparat hat führen müssen, erzielte einen Erfolg, den ihm auch seine nächsten Freunde kaum zugesichert haben.

Nein, mit Propaganda allein haben die extremen Parteien ihre Erfolge nicht errungen. Man halte doch das deutsche Volk nicht für so töricht, daß es heute noch ohne Sinn und Verstand hinter irgendwelchen schwallstigen Wahlparolen herläufe. Das deutsche Volk weiß, was es gewählt hat. Und es weiß auch, warum es so gewählt hat. Darüber müssen wir uns doch im klaren sein, — auch, wenn wir eine derartige Radikalisierung der deutschen Wählermassen für nicht unbedenklich halten und den gemäßigteren Rechtsparteien, soweit sie klar und eindeutig gegen die marxistische Front eingestellt sind, ein anderes Wahlergebnis gewünscht hätten, als es ihnen beschieden war.

Der 14. September war kein Agitationsprodukt. Er war die Quittung des deutschen Volkes für eine Miß-tat, durch die es ein Jahrzehnt hindurch irre-geleitet und tief in den Schatten eines hart vor uns stehenden Chaos geführt wurde. Der 14. September war die Antwort des deutschen Volkes auf eine Politik, die nichts anderes als ein ununterbrochenes parlamentarisches Gefelsche war und jede Spur staatspolitischer Größe vermissen ließ. Wie der demokratische Verfasser des Aufzuges „Was bringen die Wahlen?“ (Aufwärts, Nr. 202) vollkommen richtig vorausah, hat der 14. Sep-tember ein klares Bekenntnis des boden- und blutgebun- denen deutschen Volkes für eine unzweideutige Rechts-front ergeben, während die marxistischen Wählermassen immer offensichtlich dem Sowjetstern zutreiben. Ist das ein Wunder? —

Wir dürfen nämlich nicht übersehen, daß die Wahlen diesmal einen betont wirtschaftlichen Charakter trugen. Eine Wirtschaftskrise, wie wir sie zur Zeit durch-machen, bleibt selbstverständlich nicht ohne politische Rück-

wirkungen. Der verzweifelte Bauer, der verarmte Hand-werker, der im Ruin stehende Geschäftsmann und Klein-Industrielle, die Opfer der Inflation — wer kann es ihnen verargen, wenn sie den bisherigen Koalitions-parteien den Rücken kehren und zur extremsten Oppo-sition übergehen? — Und dann die Massen der Arbeiter und Angestellten, die millionenweise auf der Straße liegen ohne die geringste Aussicht, wieder zu Arbeit und Brot zu kommen — wer wundert sich, wenn sie von den Parteien der „Großen Koalition“ nichts mehr erwarten und sich ebenfalls — je nach ihrer weltanschaulichen Ein-stellung — einer der äußersten Flügelparteien an-schließen? —

So betrachtet, ist der 14. September ein ernstes Men-telek für die bisherige Politik der „goldenen“ Mitte. Die politische Grundeinstellung des deutschen Volkes ist gleich-sam über Nacht eine vollständige andere geworden. Das sich von außen und innen bedroht fühlende deutsche Volk schreit geradezu nach Taten! Es ist den Parteiklingel seit über den noch in der Vornachse ein italienisches Blatt schrieb: „Wenn zu der Lösung schwieriger Völkerprobleme die verschiedenfarbige karnevalistische Vielheit der Parteien nützlich wäre, dann wäre Deutschland heute die glücklichste und blühendste Nation der Welt! 24 Parteien, d. h. 24 Programme und 24 mehr oder weni-ger wunderbare Rezepte zur Rettung Deutschlands!“ Er-treulicherweise hat der 14. September bewiesen, daß das deutsche Volk selbst mit diesem vielgestaltigen „karne-valistischen“ Parteiklingel nichts mehr zu schaffen haben möchte. Auch dies ist ein positives Ergebnis der letzten Reichstagswahl! Darüber hinaus aber bedeutet der 14. September eine im wahren Sinne des Wortes blut-ernte Warnung der deutschen Wählermassen an die Parteien der Mitte. Die Wähler haben in überwältigen-der Weise zum Ausdruck gebracht, daß sie der fruchtlosen inneren Kompromisspolitik und der allzu kraft- und fast-losen Außenpolitik überdrüssig sind, die seitens der Mittelparteien von der DVP. bis hin zu der SPD. in den Nachkriegsjahren betrieben worden ist. Selbst für den Fall, daß es nach diesem Wahlergebnis zu einer Neu-ausgabe der „Großen Koalition“ käme (was aber wohl noch sehr fraglich ist!), müßte der neuen parteipolitischen Lage Rechnung getragen werden, wenn die Koalitions-parteien in dem nächsten Wahlgang nicht völlig von der politischen Bühne weggesetzt werden wollen.

Aber der 14. September ist auch eine nicht weniger ernste Mahnung an die Zwingherren von Ver-sailles! Denn die furchtbare Wirtschaftskrise, in der sich das deutsche Volk tatsächlich befindet, ist mit dem Schlagwort „Weltwirtschaftskrise“ selbstverständlich nicht gelöst. Ganz abgesehen von dem zweifelhaften Charak-ter dieses Schlagwortes, läßt sich nicht bestreiten, daß die Notlage des deutschen Volkes eine ganz besonders schwere und trostlose ist. Das aber liegt teils an der kurzfristigen und wirklichkeitsfremden Wirtschaftspoli-tik, die man im Nachkriegsdeutschland getrieben hat, teils aber auch — und zwar vor allem — an dem Versäil-er Diktat und an den Tributverträgen, deren grausame Be-dingungen sich immer merklicher am deutschen Volke aus-zuwirken beginnen. Wir haben an dieser Stelle schon all die Zeit von amerikanischen, englischen, italienischen, ja selbst französischen Stimmen berichtet, die vernünftig genug waren, um die Unhaltbarkeit der „Verträge“ auch ihrerseits zu bestätigen. Durch das Diktat von Versailles sind wir politisch und wirtschaftlich in brutaler Weise ver-gewaltigt worden. Unter der Last der Youngtribune drohen wir zusammenzubrechen. Das deutsche Volk ist sich des Chaos bewußt geworden, dem es durch die Aus-beutungspolitik der internationalen Young-Gewaltigen zu-getrieben wird. Das Volk aber wehrt sich gegen den ihm drohenden Untergang und setzt alles auf eine letzte Karte! Wir möchten ganz gewiß nicht — im Sinne ge-wisser parteipolitischer Interessenten — das Gespenst gewaltfamer Entladungen an die Wand malen. Aber unsere Situation ist — auch ohne das Ergebnis des 14. September — ernst genug, um irgendwelchen Optimis-mus als abwegig erscheinen zu lassen, — es sei denn, daß nicht nur unsere eigene politische Staatsführung, sondern auch die starsinnige und brutale Haltung der Franzosen und der internationalen Tributfürsten eine weitgehende Revision erfährt. Das Ergebnis der deut-schen Wahlen hat bei den Franzosen und den inter-nationalen Nutznießern der deutschen Tributlasten wie eine Bombe eingeschlagen. Frankreich weiß sehr gut, daß die bolschewistische Woge — von Moskau vorgetragen — auch vor den französischen Tanks und Maschinengewehren nicht haltmachen würde. Und man weiß da draußen eben-so gut, daß der nationalsozialistische Kampf gegen die inter-nationalen Tributherren letzten Endes auch nicht nur auf dem Papier stehen bleibt, wenn die nationalsozialistische

Bewegung das Ausmaß erreichen wird, das den Hitler-leuten Freiheit zum Handeln gibt. Man könnte also in London, in Paris und an der Wallstreet im eigenen In-teresse nichts besseres tun, als dem verzweifelnden deut-schen Volke in vernünftiger Weise entgegenzukommen, ehe die Katastrophe auf die eine oder andere Art herein-bricht. Und in dieser Mahnung an unsere Zwingherren scheint uns der positivste Kern des Wahlergebnisses vom letzten Sonntag zu liegen.

Aber noch ein anderes positives Element hat sich er-geben: Inmitten eines materialistischen Wahlkampfes sondergleichen hat der überraschende Erfolg des Christlich-sozialen Volksdienstes gezeigt, daß auch die Idee in unserem Vaterlande wieder Boden zu gewinnen beginnt, wenn die Idee, um die es geht, nur echt ist. Mit leeren Händen und leeren Taschen sind die Volksdienstleute in den Wahlkampf hineingezogen. Kein Parteiapparat stand ihnen zur Verfügung und keine der üblichen pro-pagandistischen Werbetrümmeln. Sie hatten nichts, auf das sie sich berufen konnten, als allein die Kraft des Christentums. Und doch — welch ein erstaunlicher Er-folg! Das deutsche Volk scheint also doch noch nicht so hoffnungslos materialistisch versumpft zu sein, wie dies weithin erscheinen mag. Das ist ein Lichtblick inmitten des allgemeinen politischen Wirrwarrs, — ein Lichtblick, der einem Volke nützt, dessen irdische Kräfte dicht vor dem Ende stehn!

Nach der Wahl.

Das mit großer Spannung erwartete Wahlergebnis vom 14. September liegt vor. Das Ziel der Reichstags-auflösung war bekanntlich, eine Mehrheit für die Regie-rung Brüning-Schiele zu erreichen, um die Auf-gaben durchzuführen, die der Herr Reichspräsident die-sem Kabinett gestellt hatte. Fünfzehn bis zwanzig Ab-geordnete mehr hätten zur Erreichung dieses Zieles ge-nügt. Das Gegenteil von dem, was erhofft wurde, ist eingetreten. Der Teil der Parteien, der sich hinter Dr. Brüning stellte, hatte starke Mißerfolge. Wir set-zen voraus, daß das zahlenmäßige Ergebnis den Lesern des „Aufwärts“ bekannt ist. Daraus ergibt sich, daß die Landvolkpartei erheblich hinter den Erwartun-gen zurückblieb. Die konservative Volkspar-tei erreichte nicht das gesteckte Ziel. Während das Zen-trum einen beachtenswerten Zuwachs erhielt, hat die Deutschnationale Volkspartei annähernd 20 Mandate verloren. Die Deutsche Staatspartei, die Hoff-nung der früheren Demokraten, hat trotz Zuwachs vom Jungdeutschen Orden nicht die Mandatsziffer er-reicht, welche die Demokratische Partei noch bei der Wahl im Jahre 1928 zu ver- hatte. Gegenüber der vor-handenen Mandatsziffer Auflösung des Reichstages hat die Deutschnationale Volkspartei einen kleinen Mandatsgewinn zu verzeichnen. — Einen starken Gewinn von ungefähr 20 Mandaten haben die Kommuni-ken, während die Sozialdemokraten ungefähr ein Dutzend Mandate verloren haben.

Gehen wir den Ursachen nach, die zu diesem unglück-lichen Ausfall der Wahl geführt haben, dann darf darauf hingewiesen werden, daß wir schon gleich nach der Auf-lösung des Reichstages im „Aufwärts“ ausgeführt haben, daß die gegenwärtige Zeit für die Wahl die denkbar un-günstigste sei. Drei Millionen Arbeitslose geben keine gute Basis für eine gute Wahl. Das Landvolk das vor dem Zusammenbruch seiner Wirtschaft steht, ist nicht nur verbittert, sondern ging in seiner Verzweiflung fer und wählte die radikalste Rechtspartei. Auch in der Industrie hat sich mangelnde ereignet, was die Arbeitermassen zur äußersten Linken trieb. Es darf nicht unausgesprochen blei-ben, daß die Großindustrie vor und nach der Reichstags-auflösung mit Massenentlassungen von Arbeitern und An-gestellten vorging, um niedrigere Löhne und Gehälter her-auszuschlagen. Dieses und die Tatsache, daß dem Lohn-abbau kein genügender Preisabbau in Lebensmitteln und dergleichen folgte, hat die Massen weiter radikalisiert, so daß besonders in den großen Städten die Kommunisten eine ungeheure Zunahme ihrer Stimmen zu verzeichnen hatten.

Die schaukelnde Außenpolitik der Deutschen Volkspartei und dem gegenüber die Aufspaltung der Leidenschaftlichen in bezug auf den Youngplan, wer-den der Deutschen Volkspartei das Genick gebrochen ha-ben. Aber mögen die Ursachen nun sein, wie sie wollen, das Resultat vom 14. September ist ein derart unglück-liches, daß man mit Recht die Frage aufwerfen kann, ob die Politiker, die damals die Auflösung des Reichs-tages erzwangen, nicht heute zu der Auffassung kommen, eine politische Dummheit gemacht und eine große Ver-

antwortung auf sich geladen zu haben. Bei gutem Willen wäre im alten Reichstag immer noch positive Arbeit zu leisten gewesen. Das Agrarprogramm hätte durchgeführt werden können und auch für manche andere Reformen wären schließlich Möglichkeiten vorhanden gewesen.

Die Berliner Presse, soweit sie am Montag morgen vorlag, spricht dann auch in bezug auf den neuen Reichstag mehr oder weniger die Sorge aus, die heute am Tage nach der Wahl von vielen Millionen Wählern empfunden wird. Nur sieht das eine Blatt das Unglück hier, das andere dort. Helmut v. Gerlach freut sich in seiner „Welt am Montag“, daß Dr. Brüning nun gezwungen sei, die große Koalition wieder auflösen zu lassen. Er scheint aber seinen Artikel um zwei Stunden zu früh geschrieben zu haben, da das Endergebnis ergibt, daß die große Koalition, welche im März dieses Jahres verschwinden mußte, nicht mehr über eine sichere Mehrheit verfügt. Das „Berliner Tageblatt“, wie überhaupt die „Messe“ und „Allteipresse“ haben das Zittern bekommen über das Anwachsen der Nationalsozialisten. Die Hakenkreuzler sind ihnen gewaltig in die Glieder gefahren und man befürchtet unheilvolle Folgen auf innen- und außenpolitischem Gebiet. Weniger unheilvoll sieht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ das Anwachsen der Nationalsozialisten, solange diese gewillt sind, auf dem Boden der Legalität zu bleiben; aber auch sie bedauert den katastrophalen Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums und meint, daß der deutsche Reichstag, der sich als „Reichstag“ bezeichnet, seinen Verbindungen mit den Nationalsozialisten nicht froh werden würde. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ faßt ihr Urteil dahingehend zusammen, daß die gestrige Wahl eine Protestwahl war, deren Motiv sowohl in innenpolitischer wie in außenpolitischer, besonders aber in wirtschaftlicher Verzweiflungstimmung begründet ist. Wir stimmen ihr zu, wenn sie schreibt, daß wir ernstlichen politischen Tagen entgegen gehen und auf Reichspräsidenten und Reichskanzler eine ungeheure Verantwortung läge.

Der „Vorwärts“ berichtet etwas süß-sauer, daß die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei geblieben ist, daran ändere auch nichts die Tatsache, daß 12 bis 13 Mandate verloren gegangen sind. Die Sozialdemokratie sei ein Block, der eben nicht klein zu kriegen sei. Anders die „Rote Fahne“. Sie jubelt und spricht von einem gewaltigen Wahlsieg der kommunistischen Partei Deutschlands. In einem Leitartikel wird das Sowjet-Deutschland gefeiert und in blutrünstigen Redensarten wird dem Bürgertum der letzte Todesstoß angekündigt.

Wenn noch der „Lokal-Anzeiger“, das Blatt Eugenbergs, welches im Wahlkampf in punkto „Wahrheitsliebe“ mit den Linksparteien konkurrierte, genannt werden darf, dann merkt man diesem Blatt das innere Vergnügen über den Zusammenbruch der abgesplitterten Parteien deutlich an. Der Trost des „Lokal-Anzeigers“ ist, daß die Partei sich behauptet habe.

Es entsteht nunmehr die Frage, wie in Zukunft regiert werden soll. An und für sich ist es verfrüht, diese Frage zu stellen. Einmal liegt ein ganz genaues Resultat über die Stärke der einzelnen Parteien noch nicht vor. Zum anderen sagte der Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Sportplatz-Verammlung, daß er „nach der Wahl sich erst einmal 8 bis 10 Tage frischen Wind um die Nase wehen lassen wolle nach all den Anstrengungen der letzten Zeit“, erst dann würde er in aller Ruhe und Besonnenheit dem Herrn Reichspräsidenten seine Vorschläge machen. Trotzdem wird es nicht ausbleiben, daß von heute ab in der Öffentlichkeit das Kopfzerbrechen über die zukünftige Regierungsbildung beginnt, wenn auch ohne Erfolg. Denn, soviel man auch das Wahlergebnis vergleicht und unter Zusammenziehung der in Frage kommenden Parteien versucht, irgendwo eine mögliche Mehrheit zu finden, bleiben doch vorläufig diese Bemühungen vergeblich. Bei der starken Wahlbeteiligung, welche durchschnittlich über 80 Prozent betrug, erhöht sich die Zahl der Reichstagsabgeordneten um ein Bedeutendes, sie wird steigen von 493 auf ungefähr 570. Um aus dieser Zahl eine Regierungsmehrheit herauszufinden, muß man schon an Möglichkeiten glauben, die in Wirklichkeit

nicht vorhanden sind. Zum Beispiel würden Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten eine starke Mehrheit bilden können, aber man denke sich ein Zusammenwirken dieser feindlichen Brüder, die sich schon in den Wahlversammlungen die Köpfe blutig schlugen. Ein Ding der Unmöglichkeit! Die Freunde der Großen Koalition empfehlen natürlich wieder das Aufheben dieser Vereinigung, man vergißt aber, daß, wenn das genaue Wahlergebnis erst vorliegt, die Parteien der großen Koalition, also von der Deutschen Volkspartei bis incl. Sozialdemokraten günstigstenfalls eine Mehrheit von 2 bis 3 Stimmen aufzuweisen haben werden. Das Gegenteil kann aber auch der Fall sein. Eine dritte Möglichkeit wäre ein Kabinett von Schiele bis incl. Sozialdemokratie, aber Schiele sowohl wie Graf Westarp und Treviranus dürften kaum gewillt sein, eine solche Regierungskoalition mitzumachen. Bliebe noch eine letzte Möglichkeit, eine Regierungsbildung von den Nationalsozialisten über Eugenberg bis incl. Zentrum. Dieser Plan dürfte aber scheitern an den Ansprüchen der Nationalsozialisten, die schon während des Wahlkampfes, als sie ungefähr auf 60 Mandate rechneteten, das Reichsinnenministerium und das Reichswehrministerium für sich beanspruchten. Der ungeheure Wahlerfolg wird den Appetit steigern und wahrscheinlich auch die Sehnsucht nach dem Reichskanzlerposten fördern. Derartige Forderungen würden aber wahrscheinlich weder vom Zentrum, noch von anderen kleinen Parteien akzeptiert werden, so daß auch hier die Möglichkeit einer Kabinettsbildung ausgeschlossen zu sein scheint.

Etwas hat der gestrige schwarze Sonntag zuwege gebracht, nämlich die Gewissheit darüber, daß das Zentrum trotz beachtenswerten Mandatzuwachses die viertgrößte Partei geworden ist. Nach den Gepflogenheiten des Reichstages würden nunmehr die Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten die drei Präsidenten des hohen Hauses zu stellen haben.

Unter Berücksichtigung all dieser negativen Ausblicke ist es schon richtig, daß die Auflösung des Reichstages uns in eine Pleite hineingebracht hat, die wohl kaum in günstiger Weise zu liquidieren ist. Wir stehen vor dunklen Wochen und Monaten, mitten in einer Situation, die es, obwohl es zwecklos erscheinen mag, doch wahrscheinlich macht, daß in kurzer Zeit wieder an die Wähler appelliert werden muß. Daß die Lage zur Staatskrise oder zum Putsch sehr ernster Art führen kann, ist leider zu befürchten. Und was dann? Wenn gelegentlich einer Neuwahl die Wähler aus Not und Verzweiflung wiederum den radikalen Parteien nachlaufen, denen, die am meisten versprechen, aber zu positiver Arbeit unfähig sind, dann wäre auch damit nichts gewonnen. Man kann deshalb nur hoffen und wünschen, daß unser Volk, dem durch das Wahlrecht die Gestaltung seiner eigenen Geschichte in die Hand gelegt worden ist, zur Vernunft zurückkehrt und sich auf die Notwendigkeiten einstellt, die wir kurz vor der Wahl in dem Artikel „Ein letztes Wort“ gekennzeichnet haben. W. W.

Wie denken Sie sich die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit?

Auf diese Frage soll ein aktiver Minister vor einigen Tagen im Freundeskreis geantwortet haben: „Das Reich wird seinen Aufwand für Arbeitslosigkeit festlegen, und es der Versicherungsanstalt überlassen, durch Erhöhung der Beiträge oder durch Einschränkung der Leistungen ihren Etat zu balancieren. So ungefähr steht es ja auch in der Notverordnung, Teil 3.“ Allgemeines Kopfnicken. Das ist der Weg zur „Sanierung“; „es soll wieder mehr gearbeitet werden“.

Indessen — wir gehen in den Winter; und die Kapazität der Wirtschaft, in ihrem heutigen Zustand die Arbeitslosen aufzusaugen, wird doch erheblich überschätzt. Dabei wird die Gefährlichkeit und Gefährlichkeit des Ungetüms „Arbeitslosigkeit“ in allzu harmloser Weise unter-

schätzt. Dieses Todesgespenst deutsche Arbeitslosigkeit wird sich in wenigen Monaten so groß erweisen, daß alle „Sanierungsversuche“ derzeitiger Ressortminister davor zusammenklappen werden. Dieses Unheil läßt sich nicht imponieren dadurch, daß man ausruft: „Sanierung des Reichshaushaltes geht allem anderen vor“. Es ist stärker als der beste Finanzminister. Es verlangt Hilfe um jeden Preis: Sonst frißt es den Minister mit seinem Etat und hinterher noch Staat und Wirtschaft auf. Man sollte als Minister sein Gehirn nicht in den Sand stecken vor solcher Gefahr. Kann ein Staatshaushalt saniert werden, wenn die Wirtschaft selbst unsaniert, oder geradezu völlig „insane“ (verrückt) ist?

Das wäre dieselbe Gedankenlosigkeit wie die unserer Industrie, wo sie darauf los rationalisierte, ohne zu überlegen, wohin sie die Menschen rationalisierte; in die vierte Dimension oder in die Arbeitslosigkeit? Das war schlimmer als Sozialisierung. Nun kommen die Staatsmänner der Republik und wollen diese Menschen aus dem Reichshaushalt heraus rationalisieren. Wohin? In die Gemeindehaushalte oder in das Jenseits? (So weit denkt der Ressortgeist nicht.) Es ist dieselbe Gedankenlosigkeit wie die, welche man bisweilen über die Währung hört: „Die deutsche Währung ist und bleibt stabil“; was aber dabei aus der deutschen Wirtschaft werden soll, das wissen die Götter. (Der selbe Ressortgeist.) Kann man das Zahlengerüst eines Reichshaushaltes oder einer Währung bestehend erhalten, wenn Reich und Volk zugrunde geht? Diese beiden Säulen sind Ruinen, wenn das übrige zusammenbricht. Wahrscheinlicher aber ist, daß sie zuerst zusammenbrechen müssen, wenn keine wirkliche Hilfe gefunden wird.

Der Unterschied ist: Ihr klebt an den Zahlen; wir fragen nach den Menschen. Die Menschen sind das Entscheidende. Wenn man die Menschen arbeitslos leiden läßt, so ist das Ende Verwüstung und Zerstörung von Staat und Wirtschaft. (Aus dem gleichnamigen „Raumburger W.-Brief“ Nr. 35/30. Preis 0,50 RM.)

Auslandsecho.

Der Ausgang der Reichstagswahlen vom 14. September hat weit über die deutschen Grenzpfähle hinaus in der ganzen Welt große Beachtung gefunden. Man kann daraus erkennen, wie eng die Völker heute schon wirtschaftlich und politisch aufeinander angewiesen sind und wie aufmerksam die politischen Ereignisse eines jeden Landes von der Welt beachtet werden. Deutschland, an dessen ruhiger Entwicklung die Gläubigerstaaten ganz besonders interessiert sind, steht natürlich im Brennpunkt der politischen Kritik, namentlich in diesem Zeitpunkt, wo sich in dem deutschen Parteisein grundlegendes Umgruppieren abspielen und die politische Führung im deutschen Volk durch die radikalen Protestwahlen zum Ausdruck kommt.

Der Schwerpunkt der Außenpolitik befindet sich im Augenblick in Genf, wo die Mehrzahl der Außenminister zu der alljährlichen Völkerbundsversammlung vereinigt ist. Die Ergebnisse der deutschen Wahlen haben natürlich in diesen Kreisen größtes Interesse hervorgerufen. Sie bildeten zeitweise den Gesprächsstoff in den Wandelgängen und auf den Pressetribünen. Begreiflicherweise erörtert man hier das Thema in erster Linie von außenpolitischen Gesichtspunkten, wobei fast durchweg die Meinung zu hören ist, daß die Zunahme der Nationalsozialisten an dem Kurs der deutschen Außenpolitik nichts ändern werde. Nur in französischen Völkerbundsreisen zeigt man sich teilweise etwas besorgt um die Verständigungspolitik. Allerdings teilt man auch hier die allgemein vertretene Auffassung, daß das Anwachsen der radikalen Parteien hauptsächlich in der zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland ihre Hauptursache habe. Das den maßgebenden Völkerbundsreisen nahestehende „Journal Geneve“ schreibt, angeführt der schwachen wirtschaftlichen Verhältnisse müsse man sich wundern, daß die Wahlen nicht noch schlechter ausgefallen sind. Die Mehrheit der Bevölkerung sei aber nach wie vor für die Verständigungspolitik.

Selbstverständlich beschäftigt sich die Pariser Presse sehr ausführlich mit den deutschen Wahlen. Allgemein

Gott und Krieg.

Schluß.

Da brannten in mir die Fragen um Gott und Krieg von neuem lichterloh und heiß. Da drängten sie zur Entscheidung.

Ich suchte wieder in der Bibel.

In den Blättern des Alten Testaments war oft viel Krieg. Schilde, Helme, Panzer und Tartchen klirrten, Streitwagen rasselten, Mauern stürzten, Blut floss, viel Blut, und Angriff war und Belagerung, Ueberfall, Kriegslust und Kriegselend, Kriegsfolgen und Kriegssünden.

Aus allem Krieg heraus aber hoben sich die Hände der Frommen betend, flehend zu Gott, daß er auch im Kriege bei ihnen sei, daß er helfe, rate, stärke. Gottstarke Männer waren Gottes gewiß auch im Krieg.

Moses konnte das Volk trösten: „Der Herr wird für euch streiten und ihr sollt still sein.“ Er sang von Gott als von dem „rechten Kriegsmann“, der im Krieg geholfen, der das Volk gerettet hatte vor Koffen, Leuten und Wagen Pharaos. Gott mußte aber auch durch Moses warnen: „Sage ihnen, daß sie nicht hinaufziehen, auch nicht streiten, denn ich bin nicht unter euch, auf daß ihr nicht geschlagen werdet vor euren Feinden.“ Moses wußte die Folgen: „Es wird euch nicht gelingen.“

Nicht nur für den einzelnen war Gott im Krieg, sondern auch für das Ganze, für das Volk. Daher fragte Israel vor den Kriegszügen Gott um Rat.

Josua stand mit seinen Kriegsheuten vor dem verschlossenen Jericho. Kamplos gab es ihm Gott in die Hände: Die Mauern stürzten ein. Das war auch Gott im Krieg gewesen!

David versicherte sich, ob auch Gott mit ihm im Kriege sein werde. Er brauchte Gott im Krieg, er kam im Krieg ohne Gott nicht aus.

Jeremia, der Prophet, schaute über das gottferne Israel. Kriege kommen. Kriege von Süden und Norden, gewaltige, schaurige Kriege. Er sah schon die Heere im Ammarisch, er hörte bereits den Großkampf, er erlebte im Voraus Sieg auf der einen und Zusammenbruch auf der anderen Seite. Und in allem Krieg sah er: Gott. Gott, der über allem Kriegsgeschehen stand, vor dem Nebukadnezar zum Werkzeug in seiner Hand werden mußte. Gott, der allen Krieg einordnete in seinen Plan.

Davon wußten auch andere Fromme in der Bibel: „Der Herr ist es, der den Kriegen steuern kann, Herr ist sein Name.“

Ein Psalm singt vom allmächtigen und wundersamen Gott, der den Kriegen steuert in aller Welt, der Bogen zerbricht, „Spieße zerschlägt und Wagen mit Feuer verbrennt“. — Er kann die Herrlichkeit des Volkes in die Hände des Feindes geben; ja, er „übergab sein Volk ins Schwert“.

Dieser Gott warnte auch vor der Sünde im Krieg: „Wenn du ausziehst wider deine Feinde und ein Lager aufschlägst, so hüte dich vor allem Bösen.“ Er drohte den krieglustigen Völkern: „Er zerstreuet die Völker, die da gerne kriegen.“

Das Alte Testament kündete mir: Gott ist nicht Krieg und Krieg ist nicht Gott. Krieg ist aber Sache der Menschen, Willensentscheidung der Menschen gegen Gottes Gebote. Krieg ist: Meiden, Begehren, Hassen, Raffen, Töten, Morden, Stehlen, Rauben, Plündern, Lügen, Ueberlisten, Buhlen, Zerstören, Vernichten, Krieg ist lauter Sünde.

Gott aber ist heilig, dreimal heilig! — Gott ist nicht Krieg, aber er ist im Krieg, stark, rettend, helfend und auch strafend, zürnend, richtend.

Er verdammt die Sünde der Menschen im Krieg. Seine Gebote bleiben auch im Krieg die heiligen Gebote. Er will nicht die Sünde im Krieg. Er läßt aber das Kriegsgeschehen zu nach der freien Willensentscheidung der Menschen, der Könige und Völker und fügt es ein in seinen Weltenplan.

Er ist wahrlich ganz im Krieg mit Hilfe und Gericht, mit Allmacht und Weisheit.

Auch in den Blättern des Neuen Testaments klirrten Waffen, funkelten Helme und Spieße im Sonnenlicht und Mondschein. Aber im Neuen Testament war viel weniger Krieg als im Alten Testament: nur einige Aufstände und Aufstände, nur ein paar römische Kohorten, Hauptleute und Soldaten, und ein paar Zeloten mit Schwertern.

Und Jesus? —

Jesus kannte den Krieg und kannte Militär. Er sprach mit Offizieren und Soldaten freundlich und lieb. Er ließ sie ruhig Offiziere und Soldaten bleiben. Er half ihnen in Not und heilte die Offiziersburken.

Johannes, der Täufer, hatte vor ihm nicht anders gehandelt. Nicht hatte er von den Kriegsheuten gefordert: „Die Waffen nieder!“ Gemahnt aber hatte er sie: „Tut niemand Gewalt noch Unrecht und laßt euch genügen an eurem Solde.“

Soldaten gaben dem sterbenden Heiland am Kreuz aus ihren Felsflaschen Essigwasser zur Labfal. Ein Hauptmann hatte den stärksten Eindruck von diesem Heiden und diesem Heidentod gewonnen: „... er pries Gott und sprach: Fürwahr, dieser ist ein frommer Mensch gewesen.“

wird die ne wie sich die deutsch-franz rationsproble des „Mati reichs und f Ergebnis de unruhig u land wird f fährlicher, w politische R dige Anarchi das Leben C Nationen b wirtschaftl Lont“ erkl land werde ewig an. M ruhig die fstellung der

Der mifischer un Nachbarvölle Entwicklung internationale sein könnte „Mid“, es beraten. A Blut bewal daß die deu

Die U Berlin über Deutschland gebnis der clal Rew von keinem den, es best rnung der G Entscheidung. Die Menschen sind das Entschide dende. Wenn man die Menschen arbeitslos leiden läßt, so ist das Ende Verwüstung und Zerstörung von Staat und Wirtschaft. (Aus dem gleichnamigen „Raumburger W.-Brief“ Nr. 35/30. Preis 0,50 RM.)

Die M aus Neuyog gen, daß fi unruhig n nach wie vo wird in do extremen R nisten n Deutschland eine sehr p der innc haben werd die Leitarti tagswahl a heit des g Unbetradt greiflich un

Die Regier

Das f seiner ersten ten. Wie b unüberänder Reichstag l beschluß u

„Unter trat heute tansch über tische Lage daß die R genommen der wirtsch ichen Aufga hat, daß i zugeleitet n

Die f weil sie fü diese Gefek

Jesus sp und Gleichn

Er kann selbst war n ger gingen jahrolle M zug nicht a Er lehnte f dein Schwe der wird d nen Krieg.

Scharen zur Jesus er seits des wußte von „Du sollst C In dieser f ganze Gese

Jesus p kann, den Jesus m aufgehoben Wenn e dern dürfte das Recht Sünde war

Aber J „Nie wieder rer Sündhe

Jesus w den sein w den sein w werden sein

entsloßigkeit
en, daß alle
ster davor
st sich nicht
ierung des
st stärker
se um jeden
in Staat und
m sollte als
vor solcher
werden, wenn
völlig „in-

die unserer
ne zu über-
terte: in die
? Das war
die Staats-
en aus dem
n? In die
weit denkt
kenlosigkeit
hrung hört:
; was aber
ll, das wif-
man das
er Währung
runde geht?
übrige zu-
h sie zuerst
die Hilfe ge-

len; wir fra-
die Entschei-
leiden läßt,
von Staat
Naumburger

hlen vom
hen Grenz-
Beachtung
die eng die
lich aufein-
m die poli-
in der Mi-
hen ruhiger
nders inter-
kt der poli-
itpunkt, wo
egende Um-
Gärung im
wahlen zum

befindet sich
der Außen-
dsverfamm-
hen Wahlen
nteressie her-
besprächstoff
ibühren. Be-
ma in erster
e, wobei fast
ie Zunahme
er deutschen
in franzö-
ich teilweise
e. Allerdings
retene Auf-
ten Parteien
chterung der
ursache habe,
nachstehende
der schwie-
an sich wun-
ausgefallen
t aber nach

arrier Presse
e. Allgemein

Gott ist nicht
helfend und

n im Krieg.
ligen Gebote.
st aber das
entscheidung
fügt es ein

und Gericht,

ments klirren
innenlicht und
viel weniger
führer und
n, Hauptleute
hewerteten.

tär. Er sprach
Lieb. Er ließ
Er half ihnen

ht anders ge-
ten gefordert:
er sie: „Zu-
h genügen an

nd am Kreuz
al. Ein Haupt-
m Selben und
ies Gott und
nisch gewesen.“

wird die neue Lage unter der Perspektive beurteilt, wie sich die Radikalisierung des Reichstags auf die deutsch-französischen Beziehungen und auf das Reparationsproblem auswirken würde. Der Außenpolitiker des „Matin“ schreibt: „Vom Standpunkt Frankreichs und seiner Alliierten aus, scheint mir, daß das Ergebnis der Wahl mit Erstaunen, aber ohne Beunruhigung geprüft zu werden verdient. Deutschland wird für seine Nachbarn nicht etwa deshalb gefährlicher, weil sich innerhalb seiner Grenzen innenpolitische Kämpfe abspielen werden. Eine vollständige Anarchie in Deutschland wäre verhängnisvoll für das Leben Europas. Deutschland ist an die anderen Nationen durch mächtige politische, finanzielle und wirtschaftliche Bande gebunden.“ Die radikale „Bolschee“ erklärt, das extremistische Fieber in Deutschland werde abklingen. Eine Wirtschaftskrise halte nicht ewig an. Bis dahin müßten wir wachsam, aber auch ruhig die Entwicklung der Ereignisse und die Einstellung der Geister in Deutschland verfolgen.

Der „Temps“ beurteilt die Lage etwas pessimistischer und meint, die ganze Welt, vor allem die Nachbarvölker Deutschlands, müßten aufmerksam die Entwicklung verfolgen, deren Rückwirkungen auf die internationale Politik einschneidend und von Dauer sein könnten. Im Gegensatz erklärt der „Paris-Midi“, es sei nicht notwendig, Befürchtungen zu verbreiten. Man dürfe glauben, daß Frankreich kaltes Blut bewahre, allerdings unter der Voraussetzung, daß die deutschen Republikaner wieder zu sich kämen.

Die Londoner Blätter, die sehr eingehend aus Berlin über den „großen schicksalhaften Triumph“ in Deutschland berichten, nehmen in Leitartikeln zum Ergebnis der Reichstagswahlen Stellung. Die „Financial News“ schreibt, die deutschen Wahlen könnten von keinem „guten Europäer“ günstig angesehen werden, es bestehe jedoch keine Notwendigkeit, die Bedeutung der Veränderung in der Zusammensetzung des Reichstags zu übertreiben, und noch weniger bestehe irgendein Grund, für die Sicherheit der Reparationsannuitäten oder der darauf gegründeten auswärtigen Anleihen zu fürchten. Ebenso zuverlässig urteilt die „Times“, die in dem Anwachsen der radikalen Stimmen nur eine vorübergehende Erscheinung in der deutschen Politik erblicken zu müssen glaubt.

Die New Yorker Blätter betonen ebenso wie die aus New Yorker Finanzkreisen kommenden Meinungen, daß für das Ausland kein Anlaß zur Beunruhigung bestehe, da die gemäßigten Parteien nach wie vor im Besitz der Mehrheit seien. Allerdings wird in Bankkreisen angedeutet, daß die Gewinne der extremen Parteien wie der Faschisten und Kommunisten nicht vorteilhaft auf den Kredit Deutschlands im Ausland zurückwirken und jedenfalls eine sehr scharfe Beobachtung der Weiterentwicklung der innenpolitischen Lage Deutschlands zur Folge haben werden. Im wesentlichen jedoch interpretieren die Leitartikel der New Yorker Presse die deutsche Reichstagswahl als Ausdruck der akuten Unzufriedenheit des größeren Teils der Wählerschaft, die in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftslage begreiflich und darum nicht unbedingt beunruhigend sei.

Das Kabinett bleibt.

Die Regierung tritt vor den Reichstag. — Einmütiger Beschluß des Reichskabinetts.

— Berlin, 16. September. Das Reichskabinett ist am Dienstagvormittag zu seiner ersten Sitzung nach den Wahlen zusammengetreten. Wie bereits angekündigt, wird die Reichsregierung unverändert im Amt bleiben und vor den neuen Reichstag treten. Amtlich wird über den Kabinettsbeschluß folgendes mitgeteilt:

„Unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning trat heute das Reichskabinett in einer Meinungsauseinandersetzung über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage ein. Es befaßte sich einmütig mit der Auffassung, daß die Reichsregierung das im Sommer in Angriff genommene Programm einer sachlichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck fördern zu müssen hat, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorlagen zugeleitet werden können.“

Die Regierung hat den alten Reichstag aufgelöst, weil sie für ihre Gesetze keine Mehrheit fand. Sie hat diese Gesetze mit Ermächtigung des Reichspräsidenten

Jesus sprach gern mit Wölfen aus dem Krieg in Rede und Gleichnis.

Er kannte den Krieg und sprach vom Krieg, aber er selbst war nicht Krieg. Er trug keine Waffen, seine Jünger gingen unbewaffnet, selbst ohne Stock auf weite, gefährvolle Missionsreise. Jesus ritt in Jerusalem beim Einzug nicht auf einem Schlachtross, sondern auf einem Esel. Er lehnte für sich und sein Reich den Krieg ab. „Stechet dein Schwert an seinen Ort, denn wer das Schwert nimmt, der wird durchs Schwert umkommen.“ Er brauchte keinen Krieg. Ihm standen Dutzende von Legionen Engländer zur Verfügung und er hat doch auf sie verzichtet. Jesus erwiderte auch den Krieg nicht mit Krieg. Jenseits des Krieges stand er: „Liebet eure Feinde!“ Er wußte von der Ueberwindung des Krieges durch Liebe: „Du sollst Gott lieben und deinen Nächsten als dich selbst.“ In dieser Liebe waren ihm alle Gebote, war ihm das ganze Gesetz erfüllt.

Jesus predigte den Frieden, den die Welt nicht geben kann, den Frieden Gottes.

Jesus war Reich Gottes, war zu Ende gekommener, aufgehobener Krieg, war nicht Sünde, sondern sündlos. Wenn einer mit innerer Berechtigung rufen und fordern dürfte: „Nie wieder Krieg!“ dann hat nur einer das Recht dazu: Jesus Christus, der nicht Krieg und Sünde war, er, der heilige Gottessohn, nur er!

Aber Jesus hat das nicht getan. Er kannte nicht „Nie wieder Krieg!“, weil er die Menschen kannte in ihrer Sündhaftigkeit und besser kannte als sich selbst.

Jesus wußte: Krieg wird sein, solange Sünde auf Erden sein wird. Krieg wird sein, solange Menschen auf Erden sein werden, die sündigen. Krieg und Kriegesgeschrei werden sein bis ans Ende der Tage. Nicht aufhören wird

Italien und die Reichstagswahl.

Revision!

„Das neue Deutschland zerrt an der Kette der Verträge.“

— Rom, 16. September. Die Auslegerungen der römischen Abendblätter zum deutschen Wahlergebnis enthalten offene Hinweise auf die Möglichkeit einer Abänderung der Friedensverträge. Der „Lavoro Fascista“ erklärt u. a., daß das deutsche Volk die Politik Stresemanns entschieden verleugnet habe. Die Tage, die auf die Rheinlandräumung folgten und noch mehr die Wahlen zeigten, daß die deutsche Demokratie erschöpft sei und der Geist eines neuen Deutschland gähre. Von Paris ertönten Alarmrufe und schwarze Prophezeiungen für die Zukunft der internationalen Beziehungen. Ein junges Volk, das mit Zähigkeit und Willen ausgerüstet sei wie das deutsche, könne nicht unterdrückt werden und nicht dazu verurteilt sein, ohne Unterbrechung die Irrtümer zu büßen, zu denen seine Regierenden es führten. Wenn Frankreich am Rhein das Gespenst der Vergeltung sehe, so brauche es deshalb nicht Alarm für die Ruhe Europas zu schlagen. Ein sicheres Europa wird es erst an dem Tage geben, an dem jedem Volk die historische Gerechtigkeit gewährt wird, die sich aus dem Leben, der Arbeit und der Macht der Völker ergibt. In diesem Zusammenhang gibt das Blatt die bekannten Worte Mussolinis wieder, wonach kein Vertrag ewig sei, weil eben die Welt nicht stillstehe usw. Diese Worte des Duce, so schließt der „Lavoro fascista“, zeigten deutlich die Linie der italienischen Politik in Europa. An diese Worte sei heute erinnert, wo die Geschichte Deutschlands vor einer entscheidenden Wendung stehe.

Ähnlich lautet die Stellungnahme des halbamtlichen „Giornale d'Italia“: Das neue Deutschland sei unruhig; es zerre an der eisernen Kette der Verträge, die auf dem gesamten Wirtschaftsleben der Nation mit dem Youngplan lasten. Viele Millionen deutscher Wähler lehnten die gegenwärtige Ordnung in Deutschland und die Verträge ab und verleugneten die Politik von Locarno. Frankreich erkläre, der Frieden sei in Gefahr. In dieser Lage aber könne Italien mit Ruhe abwarten. Seine Ansicht über den Wert der Verträge sei kürzlich in einer Weise, die nicht klarer sein konnte, von dem Chef der Regierung zum Ausdruck gebracht worden.

Eine bemerkenswerte englische Stimme zum Wahlergebnis.

— London, 16. September. Der „Manchester Guardian“ hat als einziges Blatt den Mut, das Ergebnis der

durch Notverordnung in Geltung gesetzt und muß nun dafür die Sanktionen des neuen Reichstags finden, wenn die Notverordnungen in Kraft bleiben sollen. Praktisch ist die Regierung durch das Wahlergebnis in eine viel größere Minderheit geraten, als sie es vorher war. Sie muß sich also eine Mehrheit suchen.

Der Reichskanzler, der ursprünglich nach dem Wahlsieg einen kurzen Urlaub antreten wollte, bleibt voraussichtlich in Berlin, um mit den Parteiführern die Vorbereitungen für die parlamentarischen Besprechungen zu treffen. Diese Fühlung mit den Parteien soll sofort erfolgen, um nach Rückkehr Hindenburgs, der in die Mandatsreise gefahren ist, Anfang der nächsten Woche dem Reichspräsidenten über die Lage weiter Bericht geben zu können.

Reichstag am 13. Oktober.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte im Laufe des Dienstags eine Besprechung mit dem Reichstagspräsidenten Löbe, in der der 13. Oktober als Einberufungstag für den Reichstag festgelegt wurde. Der 13. Oktober war der letzte Termin, der für den Zusammentritt des Reichstags in Betracht kommt, da der

der Krieg, nicht abflauen werden die Kriege, im Gegenteil: je näher das Weltende rückt, desto furchtbarer Weltkriege werden kommen. „Ihr werdet hören Kriege und Geschehnisse von Kriegen; sehet zu und erschreckt nicht. Das muß zum ersten alles geschehen; aber es ist noch nicht das Ende da. Denn es wird sich empören ein Volk wider das andere und ein Königreich wider das andere.“ Im Gleichnis vom Unkraut und Weizen weist Jesus darauf hin, daß Krieg und Frieden, Gute und Böse miteinander vorhanden sein werden bis an den jüngsten Tag, bis zum Reiche Gottes, da der Krieg selbst vernichtet sein wird.

Jesus kannte Gott im Kriege ganz. Daher konnte er auch im Blick auf alle rätselhafte Not der Erde sagen: Gottes Werke und Gottes Erbarmen sollen darin offenbar werden. Er selbst war in seiner Person dieses Werk und dieses Erbarmens Gottes, er, der keine Sünde getan und von keiner Sünde gewußt, wurde das große Sühnopfer von Gott aus für die Sünde der Welt, auch für die Sünden aller Kriege aller Völker. Er starb den Opfertod am Kreuz. Die Frommen wissen seitdem: „Die Strafe liegt auf ihm, auf daß wir Frieden hätten“, Frieden mit Gott, Vergeltung, Gnade in Gott durch ihn, den Heiland der Welt.

Es strahlte mir vom Kreuze Christi ewiges Licht in Kriegsdunkel und Kriegssünde. — — — Nun hatte ich auch Frieden mit Gott. Nun wußte ich aus eigenem Erleben und Erfahren und aus Gottes Offenbarungswort heraus: Gott ist nicht Krieg und Krieg ist nicht Gott.

Sollte ich aber nun sagen: Gott will den Krieg nicht? Nein, das konnte ich nicht sagen! Denn auch die Bibel hat diesen Satz nicht sagen können! — Ich fand, daß es

Reichstagswahlen zum großen Teil auf die Behandlung Deutschlands durch die Alliierten seit dem sogenannten Versailler Frieden zurückzuführen. Das Anwachsen der extremen Parteien sei nicht allein ein Protest gegen die wirtschaftliche Notlage, sondern auch gegen die unwürdige Stellung Deutschlands gegenüber dem Ausland, gegen die Besetzung des Rheinlandes, deren Ende viel zu spät gekommen sei, gegen die zahlreichen Härten, Unmenslichkeiten und Erniedrigungen, gegen den Bruch des internationalen Versprechens der allgemeinen Abrüstung und gegen das Versagen des Völkerbundes und der Mächte hinsichtlich des Schutzes der Minderheiten, ganz besonders in Polen. Dort hätten die Deutschen noch immer mit unsäglichen Mühsalen zu kämpfen, gegen die sich sicherlich jede deutsche Regierung wehren würde. Man könne eine größere Aktivität der deutschen Außenpolitik erwarten, wenn auch vielleicht keine radikale Aenderung.

„Der Kampf geht weiter!“

Hitler über die Bedeutung des Wahlsieges.

— München, 16. September. Im Zirkusgebäude am Marsfeld sprach am Dienstagabend der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, über die Bedeutung des Wahlsieges. Der Sinn dieses Sieges sei darin zu sehen, daß sich die Bewegung nunmehr einen Platz in der Öffentlichkeit erobert habe. Es sei geradezu lächerlich, in der Bildung einer neuen Regierung das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung zu sehen. Für die Nationalsozialisten sei das Parlament nicht das Ziel an sich, sondern nur ein Weg zum Ziel. Die Nationalsozialisten seien nicht Parlamentspartei aus Prinzip, sondern Parlamentspartei aus Zwang und dieser Zwang heiße Verfassung. Der Sieg vom 14. September sei nicht das Signal zum Ausruhen, es sei nur eine neue Waffe gewonnen. „107 Mann stehen nun auf dem legalen Fehlboden. Sie werden zeigen, daß die Nationalsozialisten nicht nur die Massen beherrschen, sondern daß sie auch Florettfechter können. Die Nationalsozialisten werden auf diesem Boden jede Möglichkeit künftigen Sinnes wahrnehmen, die sie ihrem Ziel näherbringen kann. Nicht um Abgeordnetenmandate kämpfen die Nationalsozialisten, sondern sie erobern Mandate, um das Volk dereinst freimachen zu können.“ Der Sieg habe nicht im geringsten das nationalsozialistische Ziel verändert. Adolf Hitler schloß seine Rede, zu der auch zahlreiche Vertreter der ausländischen Presse erschienen waren, mit einem Appell an die SA, nicht zu verzweifeln, der Kampf gehe weiter.

Reichstag nach der Verfassung spätestens dreißig Tage nach der Neuwahl zusammentreten muß.

Ein Umbau des Sitzungssaales, wie er geplant ist, um dem Zuwachs von mehr als 80 Abgeordneten Sitzmöglichkeiten zu verschaffen, wird sich in dieser kurzen Zeit nicht ausführen lassen. Der Reichstagspräsident wird in den nächsten Tagen mit den Parteiführern darüber beraten, wie für die neuen Abgeordneten Raum geschaffen werden kann. Wahrscheinlich wird ihnen eine Tribüne des Reichstags zur Verfügung gestellt werden.

Selbstmord des Bürgermeisters von Wehlar.

— Gießen, 16. September. Der Bürgermeister der Stadt Wehlar, Dr. Kühn, ein Verwandter des bisherigen Berliner Oberbürgermeisters Dr. Böß, hat sich am Dienstag mittag auf dem Vergfriedhof am Grabe seines Kindes erschossen. Gegen den Bürgermeister war ein Disziplinarverfahren wegen Verfehlungen im Amt eingeleitet u. die sofortige Enthebung vom Amt angeordnet worden. Das Untersuchungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft war noch nicht abgeschlossen. Bürgermeister Dr. Kühn stand in den vierziger Jahren.

müßig sei, zu sagen: Gott will den Krieg nicht! Wenn Gott den Krieg nicht wollte, dann müßte und würde er ihn auch verhindern. Aber Gott ließ und läßt doch Kriege zu. Er läßt sie geschehen, so wahr er dem Menschen freien Willen und freie Entscheidung gegeben hat. Der Mensch kann sich in allem Tun für oder gegen Gott entscheiden. Das kann er. Diese Freiheit und Macht hat er von Gott. Aber wehe, wenn der Menschenwille sich gegen Gott entscheidet! „Aergernisse müssen kommen, aber wehe dem, durch den sie kommen!“ hat Jesus gesagt. Wehe, wenn dieser Menschenwille sündiger Krieg wird! Gott läßt das Geschehen des Krieges wohl zu, weil ohne Gott überhaupt nichts im Weltall geschehen kann. Er ist der Allmächtige, Allgegenwärtige, Allwissende, er ist alles in allem. Nichts kann ohne ihn vor sich gehen und nur insofern „will“ er daher den Krieg. Und das Kriegsgeschehen fügt er in das ganze Weltgeschehen nach seinem Willen ein.

Aber die Sünde des Krieges will Gott nicht. Für die haben die Menschen selbst vor Gott Verantwortung abzugeben. Das Dasein der Sünde, des Bösen und damit auch des Krieges bleibt freilich ungelöstes Rätsel, dunkelstes Geheimnis, das „schlechthin Irrationale“, dessen Lösung erst das Reich Gottes bringen wird.

Bis dahin aber steht das Kreuz Christi aufrecht in der Weltgeschichte und verkündet: Wenn eure Sünde gleich blutrot ist, so soll sie doch schneeweiß werden durch die Gnade Gottes in Christo. — — —

Wer Ohren hat zu hören, der höre! —

Ich hatte gehört.

Darum weiß ich und glaube ich und bekenne ich:

Gott im Krieg.

Curtius in Genf.

Abrüstung. — Panuropa. — Wirtschaftskrise.

Kurz vor Abschluß der allgemeinen Aussprache über den Jahresbericht des Völkerbundes hat heute der deutsche Außenminister Dr. Curtius das Wort ergriffen. Der Minister, der Deutschland zum ersten Male in der Völkerbundsversammlung vertritt, dankte zunächst für die Worte der Anerkennung, die der Präsident sowie die anderen Redner der Persönlichkeit seines Amtsvorgängers gewidmet hätten. Seitdem Dr. Stresemann vor vier Jahren vor den Völkerbund getreten sei, habe die gesamte internationale Entwicklung manche Enttäuschung gebracht. Aber trotzdem sei die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbund heute wie damals eine durchaus positive. Der Völkerbund bleibe ein wesentlicher, notwendiger Faktor in seiner Politik, an dessen Weiterentwicklung wir mit allen Kräften arbeiten würden. Seine Tätigkeit sei ein System von Verpflichtungen und von Versprechungen, die zum größten Teil noch einzulösen seien.

Zur Erfüllung der dem Völkerbund obliegenden Aufgaben beizutragen, sei auch im vergangenen Jahre das Bestreben der deutschen Regierung gewesen. Sie habe dabei die Auffassung vertreten, daß die Arbeit an der Organisation des Friedens darauf gerichtet sein muß, den Krieg nicht in erster Linie durch Vorbereitung von Repressivmaßnahmen, sondern durch vorbeugende Mittel zu verhindern. Sie habe den Grundsatz betont, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern daß es darauf ankomme, die Konfliktsursachen zu beseitigen und Vorkehrungen für die friedliche Schlichtung aller Arten von Meinungsverschiedenheiten zu treffen. Auch der bloße Gedanke an die Möglichkeit eines Krieges müsse von den Völkerbundsmitgliedern ausgeschaltet werden, die ihren Völkern dafür haften, daß mit solchen Gedanken niemals gespielt werde.

In der Abrüstungsfrage nahm Dr. Curtius Bezug auf die Rede des englischen Außenministers Henderson. In der Tat lägen die Dinge so, daß die Regierungen mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren zur größten Enttäuschung Deutschlands im Rückstande seien. Der Völkerbund müßte sich über die völlige Unhaltbarkeit dieser Lage einig sein und es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentrete. Die deutsche Regierung erwarte eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung, Erfassung aller Abwärtstendenzen, fühlbare Verminderung der Rüstungen auf der ersten Abrüstungskonferenz und anschließend weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Etappen.

Der Minister streifte dann kurz die Minderheitenfrage, die im Ausschuss auf Grund der Petitionen eingehend behandelt werden soll, und ging dann mit einigen Worten auf

Die Panuropafrage

ein. Kein Land fühle stärker als Deutschland den Druck der gegenwärtigen Situation und habe lebhafteres Interesse an einem Ausgleich der Spannungen als das in der Mitte des Kontinents gelegene Deutschland. Im übrigen empfahl auch er die Ueberwindung der Ungelegenheit an ein Student Komitee, zu dem alle — so meint Curtius offenbar unter Anspielung auf Rußland und die Türkei — diejenigen Staaten hinzuzuziehen wären, deren Beteiligung für sachliche Förderung des Problems erforderlich ist.

Die europäische Wirtschaftsunsordnung.

„Europa braucht bessere Wirtschaftsformen.“

Am meisten interessiert die wirtschaftlichen Ausführungen des Außenministers. Hier ist besonders

die Ankündigung hervorzuheben, daß die deutschen Vertreter sich in der zweiten Kommission auch die Aufhebung der Frage des Kapitalverkehrs und der Beseitigung des Zustandes vorbehalten, daß in einigen Ländern Ueberschuß an Geld und Kapital besteht, ohne nützliche Verwendung zu finden, während in anderen Ländern ungeheuer hohe Zinsen gezahlt werden. Die Wirtschaftskrise sei wie ein Elementarer Ereignis über die Welt gekommen. Deutschland sei von ihr stärker betroffen worden als andere Länder, weil seine gesamte Wirtschaft und mit ihr die Landwirtschaft durch Reparationszahlungen auf das schwerste vorbelastet seien.

„Es war“ — so führte Dr. Curtius aus — „selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, einen Schutz gegen Ueberschwemmung mit landwirtschaftlichen Produkten aus anderen Ländern zu errichten, die den Ruin der Landwirtschaft nach sich ziehen mußte. Keine Regierung kann bei der nun heute einmal bestehenden Wirtschaftsunsordnung es untätig ansehn, wenn z. B. die Getreidepreise im Laufe von 1 1/2 Jahren um 40 bis 50 Prozent sinken.“

Solange wir die gegenwärtige Wirtschaftsunsordnung in Europa hätten, sei es nicht zu vermeiden, daß ein Land auch allein Notmaßnahmen ergreife, die ihm zur Rettung seiner wirtschaftlichen Existenz notwendig erscheinen. Man müsse bessere Wirtschaftsformen suchen, die die einzelnen Länder einer derartigen Notwendigkeit entheben. Zur rechten Zeit komme der Vorschlag einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Bei all diesen Bestrebungen, die letzten Endes auf eine europäische Zoll- und Wirtschaftsunion hinauslaufen, wolle Deutschland aktiv mitarbeiten.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober habe auf den Weg regionaler Verständigung hingewiesen und zunächst einen Zusammenschluß zwischen denjenigen Staaten empfohlen, zwischen denen die Verschiedenheit der Voraussetzungen geringer sei als zwischen der Gesamtheit der europäischen Staaten. Die deutsche Delegation habe diese interessante Anregung lebhaft begrüßt, sie werde sich an der Verfolgung des Gedankens aktiv beteiligen.

Günstige Aufnahme der Rede.

Die Rede des deutschen Außenministers Dr. Curtius ist von der Vollversammlung des Völkerbundes mit großem Interesse aufgenommen worden und hat eine durchweg gute Aufnahme gefunden. Wiederholt wurden seine Ausführungen von der Versammlung mit Beifallsbezeugungen unterstrichen, insbesondere als er betonte, daß Deutschland dem Völkerbund gegenüber positiv eingestellt sei und an seiner Weiterentwicklung mit allen Kräften mitarbeiten werde.

Der herbe Ton, mit dem der deutsche Delegierte die zurückliegende Arbeit des Völkerbundes kritisierte, ist allgemein bemerkt worden. Die offene Sprache, mit der der deutsche Außenminister seine Auffassung über die unbefriedigende Entwicklung der letzten Jahre auf den verschiedensten Gebieten des Völkerbundes, insbesondere dem der Abrüstung, Ausdruck verlieh, hat beim ganzen Hause Beachtung gefunden.

Hearsts Empfang zu Hause.

Das hätte sich Frankreich nicht träumen lassen! Der amerikanische Zeitungskönig William Randolph Hearst ist bekanntlich vor einiger Zeit aus Frankreich wegen der Veröffentlichung eines französisch-englischen Geheimabkommens in seinen Blättern ausgewiesen worden.

Seine Rückkehr nach Amerika gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug, von dem sich die französische Regierung bestimmt nichts hat träumen lassen. Nicht nur New Yorks Bevölkerung bereite ihm am Don

nen begeistertsten Empfang, auch offizielle Persönlichkeiten haben an der Ehrung des Heimkehrenden teilgenommen.

Organisiert wurden die Begrüßungsveranstaltungen von der American Legion, dem amerikanischen Stahlhelm, eine Tatsache, die um so bemerkenswerter ist, als die ehemaligen Kriegsteilnehmer bisher sehr gute Beziehungen zu ihren französischen früheren Verbündeten unterhielten.

Der Bürgermeister von Boston hat Hearst im Namen der Stadt eingeladen, während der großen 800. Jahr-Feier der Stadt Boston zu sein.

Einheit des Protestantismus.

Die 75. Reichstagung des Gustav-Adolf-Vereins.

Die 75. Reichstagung des Gustav-Adolf-Vereins wurde in Stuttgart durch eine Begrüßungsfeier eingeleitet, auf der Vertreter staatlicher und kirchlicher Behörden zu Worte kamen. Den Gruß der württembergischen Staatsregierung überbrachte Kultusminister Bazille. Im Namen des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes begrüßte Präsident D. Kapler den Gustav-Adolf-Verein.

Er hob in seiner Rede die Bestrebungen des Vereins zur Einheit des Protestantismus hervor. Auf denselben Ton war auch das Grußwort des württembergischen Kirchenpräsidenten D. Wurm gestimmt.

Verschiedenes.

Kriegsgräberfürsorge und Volksstrauertag. Im preussischen Landtag hat gelegentlich einer Debatte über den Volksstrauertag der preussische Ministerpräsident geäußert, daß die Arbeiten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf den deutschen Soldatenfriedhöfen im Auslande wohl beendet sein dürften. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge setzte sich daher mit dem Herrn Ministerpräsidenten in Verbindung, um in einer mündlichen Aussprache die Angelegenheit zu klären. An dieser Aussprache, die vor kurzem stattfand, nahmen vom Volksbund der Präsident des Volksbundes, Reichsminister a. D. Dr. Gehler und die Vorstandsmitglieder Prof. Dr. h. c. Straumer und Dr. Eulen teil.

Der Vorstand des Volksbundes hat bei dieser Gelegenheit über den Stand der Kriegsgräberfürsorge berichtet. Die vom Volksbund noch zu leistenden Arbeiten würden noch mehrere Jahre angespannter Tätigkeit in Anspruch nehmen.

Der Vorstand schilderte ferner die historische Entwicklung des Volksstrauertages und die Schwierigkeiten, die sich einer geschlossenen Feier dieses Tages bisher entgegenstellten. Der Herr Ministerpräsident erklärte sich mit dem Ziel eines für das ganze Reich einheitlichen Volksstrauertages durchaus einverstanden, hielt es jedoch zunächst für erforderlich, daß der Tag reichsgesetzlich festgelegt werde. Der Vorstand hat daraufhin den Herrn Ministerpräsidenten, die für eine solche reichsgesetzliche Regelung seit vielen Jahren gemachten Bemühungen des Vorstandes und der im Ausschuss für die Festsetzung eines Volksstrauertages vertretenen deutschen Körperschaften zu unterstützen.

Bethel.

— Auf dem Wege von Libanon nach Dankort ein Bruchband verloren. Bitte im Dankort abgeben.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

„...seitdem ich mit IMI spüle, wird das Geschirr viel schneller und besser sauber.“



Bei Millionen Hausfrauen bestätigt sich dieses Urteil täglich: Spiegelnden Glanz, appetitliche Sauberkeit zeigen IMI-gepflegte Geschirre. Frischer und bekömmlicher schmecken die Speisen, seitdem mit IMI gespült wird. Und vor allem viel weniger Arbeit und Mühe beim Aufwaschen und Spülen.

Nehmen Sie zum Aufwaschen und Spülen immer



1 ESSLÖFFEL IMI AUF 10 LITER
= 1 EIMER HEISSES WASSER

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel

für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Ingenieurschule Technikum Bauschule
Elektrotechnik, Maschinenbau, Architektur, Bauingenieurwesen, Eisenbetonbau, Tonindustrie, Ziegelindustrie, Ziegelfabrikation, Lehmziegel, Zementziegel, Klinker, etc.
Lehrpläne frei

Zum 1. oder 15. Oktober wird für kleinen Haushalt ein williges, nicht zu junges

Mädchen

oder eine einfache Stütze gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“ unter A 7048.

Bad Nauheim

Christliches Heim Heilbrunn empfiehlt zum angenehmen Kur-aufenthalt Zimmer mit und ohne Pension, zu mäßigen Preisen. Das ganze Jahr geöffnet. Telefon 2024.

Besseres Mädchen sucht

Stelle

im Haushalt zum 1. Oktober oder später. Elise Westerbeide, Siefer 137 a bei Bielefeld.

Kur-Anstalt Erholungshaus Ebert

vegetarisch und Rohkost
Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage
Pastor Felke kuren. Prosp. frei

Hochgebirgs-Sonnenkuren

Herbst und Winter im Ev. Erholungshaus Hasliberg (Goldern) (Berner Oberland) 1060 m. Sorgfältige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Hausdienern. Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Durch Kontrolle des vereidigten Chirurgen Dr. Rodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-Honig

10 Pf. Dose 10.55 RM, vorwiegend Klee-Blütenblüte 12.50 RM, hohe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1/2 Pf. Dose 2.90 RM und 2.50 RM frei Haus. Nach 30 Pf. mehr. Gar. Rücknahme. W. Krieger, Borseln 2, Kr. Soest. Dieser Honig ist auch in Apotheken, Vereinen, etc. zu haben.

Werbt für den Aufwärts!